

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 15 auf:

Aktuelle Stunde

auf Verlangen der Fraktion der FDP

Haltung der Bundesregierung zum Scheitern des europäischen Gipfels am 12./13. Dezember 2003 in Brüssel

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst Dr. Wolfgang Gerhardt, der Vorsitzende der FDP-Fraktion.

(B) (Beifall bei der FDP)

Dr. Wolfgang Gerhardt (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns ist nicht daran gelegen, Sie daran zu hindern, in dieser vorweihnachtlichen Zeit schnell nach Hause zu kommen. Aber in der letzten Woche ist kein beliebiger Gipfel gescheitert. Am letzten Wochenende ist in Brüssel ein Gipfel gescheitert, der eine bedeutsame Veranstaltung hätte sein können. Es ging nicht um ein beliebiges Treffen zur Behandlung untergeordneter Tagesordnungspunkte.

Es ging um die Frage: Bekommen wir eine Grundrechtecharta, eingebaut in einen europäischen Verfassungsvertrag? Es ging um die Frage der Subsidiarität. Es ging um die Frage der Stärkung des Europäischen Parlaments und der Mitwirkungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente in der Gesetzgebung. Es ging um die Konstituierung eines Mindestmaßes an Gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik und der institutionellen Voraussetzungen dafür.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das scheint Frau Merkel und Herrn Schäuble nicht so zu interessieren!)

Im Kern ging es um die Frage, ob die Europäische Union Erweiterung und Vertiefung zugleich beherrschbar machen kann und handlungs- und entscheidungsfähig bleibt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Das ist nicht gelungen. Wir wollen einfach nicht bis Mitte Januar warten, ohne hier mit der Bundesregierung besprochen zu haben, was jetzt zu tun ist. Denn jeder weitere Zeitverlust führt uns weiter weg von einem Ergebnis, das die Bundestagsfraktion der FDP begrüßt: dem Entwurf des Konvents.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Er soll Europa handlungsfähig machen. Wir haben uns in diesem Parlament immer in großem Konsens dafür entschieden, die Europäische Union nicht nur als eine Art Freihandelszone oder als allgemeinen Mitgliederverein zu verstehen.

(Jörg Tausch [SPD]: Was wollen Sie denn, Herr Gerhardt?)

Wir wollten Europa zu einem handlungsfähigen Global Player machen.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wollen auch wir!)

Das ist in Brüssel gescheitert, jedenfalls vorerst.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Nun ist öffentlich vielfach die Frage abgehandelt worden, wer die Schuld trägt: Hängt es am Ende an der auch für mich nur schwer verständlichen Haltung von Polen und Spanien? Hängt es an der Führung, die der italienische Präsident Berlusconi dem Gipfel hat angedeihen lassen? Es wäre ja doch zu kurz gegriffen, wenn man es nur darauf zurückführen würde.

(D)

Das Scheitern in Brüssel hat längere Vorläufe. Nehmen Sie das Verhalten der deutschen Bundesregierung in der Frage des Stabilitätspaktes. Ich teile nicht die Auffassung von Polen und Spanien, ich halte sie für nur schwer begreifbar und ich halte sie für nicht europäisch gedacht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Aber was wollen Sie unseren Kollegen in Spanien und Polen antworten, wenn diese anführen: Was habt ihr in Deutschland gemacht? Ihr habt einen Vertrag verletzt, nämlich den Stabilitätspakt. Ihr habt mit Frankreich zusammen eure Macht durchgesetzt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Günter Gloser [SPD]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Es ist nicht gut, mit dem moralischen Zeigefinger auf Polen zu zeigen und entsprechend zu argumentieren; denn wir in Deutschland haben ein schlechtes Beispiel abgegeben.

Wir haben uns für den europäischen Prozess immer eine dynamische deutsch-französische Tandemfigur gewünscht. Das ist ein Stück der Entstehungsgeschichte der Europäischen Union und des Integrationsprozesses. Wahr ist aber, dass sich diese beiden Regierungen, die beiden politischen Hauptverantwortlichen in den letzten Monaten so verhalten haben, dass die anderen diese

Dr. Wolfgang Gerhardt

- (A) Tandemfigur eher als Direktorat empfunden haben, das ihnen vorschreibt, was zu tun ist. Das betrifft nicht nur die politischen Entscheidungen, sondern es gilt auch im Hinblick auf die Tonlage gegenüber den kleineren und mittleren Staaten.

(Günter Gloser [SPD]: Wer hat Ihnen den Unsinn aufgeschrieben?)

Man darf sich daher nicht wundern, wenn insbesondere Deutschland ein Stück immer vorhandener Vermittlungsfähigkeit gegenüber anderen abhanden gekommen ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Das Vertrauen in den Mittler Deutschland ist nicht mehr vorhanden.

Jetzt folgt die irische Präsidentschaft. Es kann nicht so sein, Herr Bundesaußenminister, dass wir jetzt auf die irische Präsidentschaft warten und im späteren Frühjahr ein Gipfel stattfinden wird, nach dessen Abschluss wir wissen, wie es weitergehen wird. Jeder Tag ohne Kommunikation in der Europäischen Union verringert die Chancen, zu einem Ergebnis zu kommen, mit dem Europa handlungsfähig wird.

Deshalb fragen wir die Bundesregierung: Was gedenkt sie ab sofort in bilateralen Gesprächen, in allen Kommunikationen und in allen Außenministertgesprächen zu tun, um vor dem Gipfel eine Grundlage dafür zu schaffen, den in Brüssel gescheiterten Prozess noch einmal in Gang zu bringen? Für uns, die Bundestagsfraktion der FDP, ist und bleibt jede Anstrengung notwendig, die darauf gerichtet ist, am Konventsergebnis festzuhalten.

(B)

Das sage ich im Übrigen auch den Kritikern in allen Parteien, die über das Konventsergebnis einmal so und einmal so geredet haben. Wir wären heute alle froh, wenn dieses Ergebnis in Brüssel bestätigt worden wäre. Deshalb sollten wir an diesem Prozess auch festhalten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern die Bundesregierung auf, nicht zuzuwarten, sondern sich um Kommunikation zu bemühen, insbesondere die Beziehungen zu den Mittleren und Kleinen wieder zu intensivieren, die fahrlässig vernachlässigt wurden, und früher in der EU tätig zu werden, und zwar in Abstimmung mit der irischen Präsidentschaft, damit wir im Frühjahr weiterkommen.

Wir wählen im nächsten Jahr ein Europäisches Parlament.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir auch schon mitbekommen!)

Wie wollen wir denn gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern argumentieren, wenn wir nichts Entscheidendes unternehmen, um im Frühjahr tatsächlich die Grundlagen, für die wir die Menschen zur Wahlurne bitten, wieder neu zu ordnen?

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Herr Bundesaußenminister, dies ist heute keine Aktuelle Stunde, die das Thema erschöpfend behandeln kann. Wir hätten es einfacher haben können. Die Mittagspause hätte uns eine Regierungserklärung samt Debatte ermöglicht. Wir bedauern es sehr, dass die Mehrheit das hier mutwillig verhindert hat.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir sehen uns ohnehin im Januar wieder, aber Sie sollten heute schon eine erste Antwort geben.

(Anhaltender Beifall bei der FDP – Beifall bei der CDU/CSU – Günter Gloser [SPD]: Es sprach die Weltmacht FDP!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Angelica Schwall-Düren.

Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Herr Gerhardt, wir hätten es einfacher haben können und vor allen Dingen hätten wir es seriöser haben können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn jetzt ist in der Tat ein unglaublich unprominenter Zeitpunkt, um über dieses wichtige Thema miteinander zu sprechen. Sie hätten sehr gut auf unser Angebot eingehen können, im Januar eine ordentliche, ausführliche Debatte über dieses Thema zu führen;

(D)

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Lesen Sie einmal das Grundgesetz!)

denn die notwendige rasche Bewertung ist bereits in der Sitzung des EU-Ausschusses erfolgt, in der der Außenminister ausführlich berichtet hat.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Um Gottes willen!)

Auch der Auswärtige Ausschuss hat sich zusammen mit den französischen Kollegen in Paris mit diesem Thema beschäftigt.

Aber am Ende einer Woche, am Ende eines Jahres, in dem so viele Gesetzgebungsvorhaben wie noch nie verabschiedet werden mussten, wo alle erschöpft sind,

(Widerspruch bei der FDP)

zeigen die Medien an dieser Debatte keinerlei Interesse mehr. Schauen Sie doch einmal auf die Presstribüne, dann sehen Sie, dass dies in der Öffentlichkeit keinerlei Echo finden wird.

(Beifall des Abg. Wilhelm Schmidt [Salzgit-ter] [SPD] – Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Wir nehmen unsere Rechte wahr!)

Deswegen hätte es uns besser angestanden, im Januar eine vernünftige Debatte darüber zu führen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN –

Dr. Angelica Schwall-Düren

- (A) Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Aufwachen, ihr Erschöpften!

Auch wir bedauern natürlich, dass die Regierungskonferenz zur Schaffung einer europäischen Verfassung gescheitert ist. Ich betone aber, dass dieser Gipfel durchaus auch positive Ergebnisse gebracht hat, so etwa die Verabredungen über die strukturierte Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik oder die Wachstumsinitiative und das „Schnellstartprogramm“ mit Projekten aus den Bereichen Energie, Forschung und Verkehr. Dort ist durchaus Wegweisendes und Positives für die Zukunft Europas verabschiedet worden.

(Beifall bei der SPD)

Es ist aber in der Tat sehr bedauerlich, dass die hervorragende Vorlage, die uns der Konvent geliefert hat, nicht übernommen worden ist. Wir waren uns hier im Bundestag alle einig, dass dieses Konventsergebnis weitgehend übernommen werden sollte. Wir waren auch bereit, dem einen oder anderen Änderungswunsch zu entsprechen. Es gab aber eine eindeutige Grenzlinie – auch hierüber bestand im Deutschen Bundestag Einigkeit –, und zwar die doppelte Mehrheit, weil nur diese mehr Transparenz, mehr Handlungsfähigkeit und Gestaltungsmehrheiten gegen Verhinderungsmehrheiten in diesem größeren Europa gewährleistet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Deswegen bedauern wir es natürlich, dass die Länder, die bei Nizza bleiben wollten, ihr vermeintlich nationales Interesse über das gemeinsame europäische Interesse gestellt haben. Auch ich halte das für einen Fehler der Neumitglieder, weil ich glaube, dass sie letztendlich gegen ihr eigenes Interesse handeln, weil gerade sie auf eine handlungsfähige Union angewiesen sind.

(Beifall bei der SPD)

Nun haben Sie hier mit Ursachenforschung und vor allen Dingen Schuldzuweisungen begonnen. Wie ich das bereits in der vergangenen Woche getan habe, möchte ich noch einmal den Vorwurf zurückweisen, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit die Ursache für das Abstimmungsverhalten von Spanien und Polen gewesen sei.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Das habe ich überhaupt nicht gesagt!)

Sie behaupten, dadurch sei Angst entstanden.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Durch die Fehler vorher!)

Dabei wissen Sie ganz genau, Herr Gerhardt, dass diese deutsch-französische Zusammenarbeit unglaublich viel für die Entwicklung der Europäischen Union geleistet hat und dies auch im Zusammenhang mit dem Konvent getan hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu dem Vorwurf im Hinblick auf den Wachstums- und Stabilitätspakt: Herr Gerhardt, auch Sie wissen genau, dass es im Europäischen Rat ein einstimmiges Votum gegeben hat. Alle europäischen Länder haben

– auch hier wieder insbesondere die neuen Länder – ein großes Interesse daran, dass das Wirtschaftswachstum in Deutschland wieder zunimmt. Deswegen kann nicht prozyklisch weiter in die Stagnation hineingepart werden, sondern die Wachstumskeime müssen positiv unterstützt werden.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Gerhardt, Sie sagen, man müsse nun ganz schnell etwas tun. Ich glaube, wir müssen hier Zeit geben. Ich meine, es ist eine Pause notwendig: zum Denken, zum Reden und um sich die Frage zu stellen, welches Europa es denn sein soll. Ich habe die Erwartung, dass dann eher die Chance besteht, dass die Länder, die nicht mitstimmen konnten, zu einer Neubewertung der Ergebnisse der Verfassungsverhandlungen kommen und dass sie sich dann auch die Frage stellen, was es denn bedeuten würde, wenn sich aufgrund des Wunsches nach einer verstärkten Integration ein Europa der zwei Geschwindigkeiten am Horizont zeigen würde.

Wir wissen, dass auch die Neumitglieder – das hat sich am letzten Sonntag sehr schnell gezeigt – Interesse daran haben, Europa als politische Union weiterzuentwickeln. Deswegen bin ich zuversichtlich, dass wir hier vorankommen werden. Wir dürfen keine Entwicklung in Europa zulassen, die zu einem harten Kern und zu Exklusivität führt.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Frau Kollegin, bitte denken Sie an Ihre Redezeit.

(D)

Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD):

– Ich komme zum Schluss. – Das ist eine Einladung an alle, mit der größtmöglichen Zahl von Mitgliedern die größtmögliche Integration in Europa zu erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Nicht so müde, Leute!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

Nun kommen wir zur Debatte der Aktuellen Stunde zurück. Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Peter Hintze.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(B)

Peter Hintze (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde, es ist ein Armutszeugnis für die Bundesregierung, dass die rot-grüne Mehrheit in diesem Hause diese wichtige Debatte an den Rand der heutigen Sitzung gedrängt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Was hat die Bundesregierung damit zu tun? Das haben wir selber gemacht!)

Die Europäische Union befindet sich in einer schweren Krise. Einer der verantwortlichen Mitgestalter, der Bundeskanzler, weigert sich, dem Deutschen Bundestag darüber in einer Regierungserklärung Rechenschaft zu geben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das können Sie doch gar nicht so sagen! – Günter Gloser [SPD]: Aber bitte bei der theologischen Wahrheit bleiben!)

Ich möchte darauf hinweisen, dass es zum ersten Mal seit Bestehen der EWG, der EG und der EU der Fall ist, dass eine Regierungskonferenz stattgefunden hat und abgeschlossen wurde

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Wir zitieren den Kanzler herbei!)

und die Bundesregierung die öffentliche Debatte über die Ergebnisse, für die sie wesentlich die Verantwortung trägt, so sehr scheut, dass eine Behandlung vor dem Forum des Deutschen Bundestages mit Mätzchen der Geschäftsordnung verhindert wird.

(D)

Die Verfassung ist auf der Strecke geblieben und – das ist noch wichtiger – beim Projekt Europa driften Erweiterung und Vertiefung gefährlich auseinander. Das hat Auswirkungen. Am 1. Mai 2004 treten der Europäischen Union zehn neue Mitgliedstaaten bei. Die Europäische Union wächst auf 450 Millionen Bürger und hat riesige Herausforderungen vor sich. Daher brauchen wir eine Verfassung. Deswegen richten wir unsere Aufforderung an die Bundesregierung, nicht nach dem Motto vorzugehen: Kommt Zeit, kommt Rat. – Vielmehr fordern wir Sie auf: Bitte nehmen Sie die Verhandlungen im Januar nächsten Jahres wieder auf und sorgen Sie dafür, dass wir vor dem Beitritt der neuen Mitgliedstaaten eine Verfassung und damit eine stabile Grundlage für die zukünftige Union haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Mit Gottesbezug oder ohne?)

Es ist richtig, dass sich die Bundesregierung nicht auf faule Kompromisse eingelassen hat.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Es war falsch – hören Sie mir bis zum Ende zu –, sich in Nizza auf einen faulen Kompromiss verständigt zu haben,

(Günter Gloser [SPD]: Mit Ihrer Zustimmung!)

Peter Hintze

- (A) der nun die Grundlage für alles Weitere ist. Heute müssen wir uns mit den Folgen herumschlagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Spanien und Polen haben die Einführung der doppelten Mehrheit blockiert. Nationale Interessen haben über das europäische Gemeinwohl gesiegt. Aus welcher Stimmung heraus ist das passiert? – Kollege Gerhardt hat das schon dargestellt –, ich möchte es nachdrücklich unterstreichen –:

(Günter Gloser [SPD]: Was hat er denn gesagt?)

Es hat die Europäische Union in der Vergangenheit stark und erfolgreich gemacht, dass sich der größte Mitgliedstaat seiner Verantwortung bewusst gewesen ist, klug, zuweilen leise, aber meistens erfolgreich vorgegangen ist und in allen schwierigen Verhandlungen eine Vermittlerrolle wahrgenommen hat. Das Fehlen der deutschen Vermittlerrolle aufgrund des Handelns dieser Bundesregierung hat die Konferenz zum Scheitern gebracht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sie haben das damals nur mit dem Scheckbuch gemacht! Das war doch immer nur das Scheckbuch!)

Der Bundesaußenminister hat in seinen öffentlichen Äußerungen darauf hingewiesen – ich sage: zu Recht –, dass kein direkter Zusammenhang zwischen dem Bruch des Stabilitätspaktes durch Deutschland und dem Scheitern dieser Verfassung bestehe. Es besteht aber ein fataler stimmungsmäßiger Zusammenhang.

(B)

(Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Wenn sich Deutschland so aufführt, dann verlieren wir – leider zu Recht – die alte Vermittlerrolle, die für Europa so wichtig war.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Unsinn!)

Auch die deutsch-französische Zusammenarbeit kann nicht mehr stiften, was Europa braucht. Deswegen rufe ich Sie, Herr Fischer, in dieser Frage zur Umkehr auf!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Und das kurz vor Weihnachten!)

Die verehrten Zwischenrufer der Sozialdemokraten will ich auf Folgendes hinweisen: 48 Stunden, nachdem der Gipfel gescheitert war, hat der Bundeskanzler den Kurs der Konfrontation mit einem fragwürdigen Drohbrief fortgesetzt.

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Das ist doch kein Drohbrief!)

Ich frage mich, welche Funktion dieser Brief haben soll. Schließlich ist es klar, dass wir darauf achten müssen, dass Europa seine Finanzen im Griff behält. Ich will aber eine Befürchtung äußern: Ich befürchte, dass der Droh-

brief des Bundeskanzlers dazu führen wird, dass die Staaten, die sich der Zustimmung zur Verfassung verweigert haben, ihr Faustpfand festhalten und wir vor dem Abschluss der schwierigen Finanzverhandlungen im Jahr 2005 nicht zu einem Erfolg kommen werden. Die schlechte Strategie, die Sie vor dem Gipfel verfolgt haben, haben Sie 48 Stunden danach fortgesetzt. Deswegen verstehe ich, dass der Bundeskanzler diese Debatte scheut und alles daransetzt, dass die deutsche Öffentlichkeit nichts davon erfährt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es muss dringend eine Kurskorrektur stattfinden. Wir müssen uns wirklich mit diesen Fragen beschäftigen. Sie von den Regierungsfractionen in diesem Hause, die Sie sich die Hoffnung gemacht haben, Sie könnten sich eine Debatte im Januar ersparen,

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das hat überhaupt niemand gesagt!)

weil es heute eine gegeben habe – diese haben Sie aber an den Rand gedrängt –, muss ich enttäuschen: Wir werden dieses Thema im Januar aufgreifen. Das ist im Interesse Deutschlands und Europas.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Vielleicht kommt dann etwas Besseres heraus!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Rainer Steenblock.

(D)

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Hintze, das, was Sie zum Schluss gesagt haben, nämlich dass wir im Januar eine vernünftige, vorbereitete Debatte zu diesem Thema führen werden, ist in diesem Hause doch völlig unstrittig. Wir haben uns heute nur sehr deutlich von dem Versuch distanziert, ad hoc eine Debatte zu diesem Thema zu führen. Denn unter den Rahmenbedingungen, unter denen wir jetzt diskutieren, können wir diesem Thema nicht gerecht werden.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Der Kollege Gerhardt hat diese Aktuelle Stunde dazu genutzt, um dieses Hohe Haus zum wiederholten Male darauf hinzuweisen, dass im nächsten Jahr eine Europawahl ansteht. Das zeigt die Intention, die hinter Ihrem Vorstoß steht. Sie haben uns Details aus der Geschichte der Europäischen Union erzählt, die mit der aktuellen Debatte nicht zu tun haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Das war eine trostlose Rede zu einem aktuellen, wirklich brisanten Thema.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Sagen Sie etwas zur Sache!)

Rainer Steenblock

- (A) Deshalb fühle ich mich darin bestätigt, dass wir die Debatten im Rahmen eines geordneten Verfahrens führen sollen.

Herr Kollege Hintze, wir sind im Ausschuss in vielen Punkten einer Meinung, aber mich hat an Ihrer Diktion geärgert – als Sie vom Scheitern der Verfassung gesprochen haben –, dass Sie das Projekt, hinter dem wir alle, Bundestag und Bundesregierung, stehen, kaputtreden. Wir müssen diesen Prozess fortsetzen. Wir müssen alles tun, um in der Zukunft zu besseren Ergebnissen zu kommen. Schuldzuweisungen sind zwar das Geschäft der Opposition, aber an dieser Stelle bringt es dieses Projekt nicht nach vorne.

Sie haben von einem Drohbrief des Bundeskanzlers gesprochen. Es handelt sich dabei um eine Erklärung von vielen europäischen Regierungen, der man zustimmen kann oder auch nicht. Diese Sache so zu personalisieren, wie Sie das getan haben, zeigt Ihre Diktion. Das ist das Problem Ihrer Partei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Was meinen denn die Grünen zu dem Brief?)

Ihre Forderung, dass unter irischer Präsidentschaft hier ein Fortschritt erzielt werden muss, zeigt, dass Sie nicht verstanden haben, wie in Europa Politik gemacht wird.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

- (B) Europäische Politik ist nicht die Herrschaftsveranstaltung dieser Bundesregierung. An dieser Stelle möchte ich daher um etwas mehr Sensibilität bitten.

Sie haben in diesem Zusammenhang die deutsch-französische Freundschaft angesprochen. Sie alle wissen, dass diese Zusammenarbeit der Motor des europäischen Einigungsprozesses gewesen ist. Ich erinnere mich noch sehr genau an die Debatten vom Anfang dieses Jahres. Damals hat die Opposition der Bundesregierung und der rot-grünen Koalition vorgeworfen, wir würden die deutsch-französische Freundschaft nicht ernst nehmen und für den europäischen Einigungsprozess nicht nutzen. Da standen Sie auf den Zinnen. Der Außenminister, der Bundeskanzler und diese Regierung haben die deutsch-französische Freundschaft immer konsequent genutzt. Wir haben mit dieser Zusammenarbeit Erfolge erzielt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt auf einmal heißt es von Ihnen: Das ist viel zu viel gewesen. Damit erdrücken Sie die anderen. – Ich würde mich freuen, wenn Sie in diesem Punkt eine Linie hätten. Dann könnten sich Regierung und Parlament darauf einstellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Sie können nicht heute so und morgen anders argumentieren. Ihr Problem ist: Sie haben an dieser Stelle keine konsequente Linie.

(Jörg Tauss [SPD]: Nicht nur an dieser Stelle!)

- Nicht nur an dieser Stelle, aber ich beziehe mich – als exemplarisches Beispiel für das, was die Union in diesem Hause macht – auf diesen Fall. (C)

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Warum habt ihr nicht den Tauss mit nach Brüssel genommen?)

Worum geht es jetzt? Wir müssen nach vorne schauen. Wir müssen Verständnis aufbringen, auch wenn wir in dieser Frage mit den Polen und den Spaniern nicht einverstanden sind. Die Polen sind historisch in einer anderen Situation als wir. Daher müssen wir hier sensibel vorgehen. Es wird dazu kommen, dass die Verhandlungen über die Finanzen mit denen über den Verfassungsentwurf – diese Situation wollten wir vermeiden – verbunden werden. Diese Situation müssen wir aushalten. Dafür brauchen wir eine Strategie.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Hätten Sie so einen Brief geschrieben?)

Wir müssen uns mit unseren Freundinnen und Freunden darüber abstimmen.

Nach diesem Gipfel ist Sensibilität angesagt. Das ist richtig und dazu stehe ich. Die Position zur Finanzierung der Europäischen Union, die in diesem Brief zum Ausdruck gebracht wurde, ist überhaupt nicht neu. Diese Haltung ist von der Bundesregierung und von anderen Regierungen schon häufiger öffentlich dargestellt worden. Dieses Problem ist von Ihnen überhaupt nicht anders bewertet worden. Deshalb verstehe ich die Aufregung an dieser Stelle nicht. Es sind im Grunde alle Kamellen, die damit wieder öffentlich gemacht worden sind. (D)

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Warum gerade jetzt?)

Inhaltlich findet diese Position in diesem Hause eine große Mehrheit. Auch das muss einmal gesagt werden.

In dieser schwierigen Situation müssen wir gemeinsam eine Strategie formulieren, wie wir das europäische Verfassungsprojekt, das in vielen Teilen stimmig ist und das wir als Ergebnis einer Parlamentarierberatung häufig genug gewürdigt haben, über die nächsten Monate retten können. Hier müssen sowohl die deutsch-französische Freundschaft als auch die Kontakte mit Polen genutzt werden. Der Bundesaußenminister und der Bundeskanzler haben im Vorfeld dieser Beratungen mit den Polen unendlich viele Gespräche geführt. Dieser Regierung kann man nicht vorwerfen, dass sie das außer Acht gelassen habe; denn sie hat sich sehr bemüht.

Wir haben eine Chance, bei den gleichzeitig Verhandlungen über die Finanzen und den Entwurf zu einem Ergebnis zu kommen. Wir Grünen haben für diesen Konventionentwurf immer gestritten. Wir Grünen sind der Auffassung, dass es bei der Frage der doppelten Mehrheit richtig war, die Verfassung so nicht zu verabschieden, dass es vielmehr richtig war, den Verhandlungsprozess zu verlängern. Wir sind dafür, dass es in diesem Haus wie in der Vergangenheit zu einer gemeinsamen Strategie kommt.

Rainer Steenblock

- (A) Herr Kollege Hintze, noch eine Anmerkung zum Schluss.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das ist mein letzter Satz. – Sie haben dieses Haus immer wieder damit belästigt, dass Sie über Einzelforderungen strategisch diskutieren wollten. Diese Strategie haben Sie auch an dieser Stelle versucht.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Schluss.

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Die Bundesregierung hat deutlich gemacht, dass sich nichts bewegt hat. Wir haben das Konventsergebnis weitgehend gerettet. Es war aber richtig, über diesen Punkt nicht weiterzuverhandeln, sondern eine Denkpause einzulegen, um danach neu zu verhandeln. Die Politik der Bundesregierung wird so solide bleiben, wie sie immer gewesen ist.

Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Wie lange soll denn die Denkpause dauern?)

(B)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.

(Beifall bei der FDP)

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es geht auch heute, wenige Tage vor Weihnachten, um das Selbstverständnis des Deutschen Bundestages, des Parlaments.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich verstehe überhaupt nicht, dass um eine vereinbarte Debatte gerungen wird und dann Häme ausgeschüttet wird, wenn die Möglichkeit von der Opposition genutzt wird, sich in einer Aktuellen Stunde mit der schwersten Krise der Europäischen Union auseinander zu setzen.

(Beifall bei der FDP)

Das sage nicht nur ich, das sagt auch der Historiker Herr Winkler.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Wer ist denn Herr Winkler?)

Das können Sie heute in allen Zeitungen lesen.

Das Europäische Parlament hat das so bewegt, dass es gestern eine hervorragende Debatte auf der Grundlage einer Resolution geführt hat, die von allen Fraktionen im

Europäischen Parlament formuliert worden ist. Wir aber verwenden unsere Zeit, um darüber zu reden, ob wir reden. Das kann ich beim besten Willen nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das ist Ihr Problem!)

– Das ist Ihr Problem, weil Ihnen das parlamentarische Verständnis fehlt, Herr Schmidt.

Deshalb ist es notwendig, dass die Parlamentarier hier im Deutschen Bundestag, die den Konventsentwurf immer als den ihren gesehen haben und sich für diesen Konventsentwurf auch gegen den zu Anfang anhaltenden Widerstand der Regierung eingesetzt haben, heute darüber reden, was mit diesem Entwurf jetzt passiert.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Sehr richtig!)

Darum geht es doch in der heutigen Debatte. Gibt es eine Chance, diesen Verfassungsprozess, der im Moment gestoppt ist, der aber natürlich nicht zu Ende sein darf, wieder zu beleben? Welche Botschaften senden wir, das Parlament, vor dem Hintergrund dessen aus, was in Brüssel passiert ist? Wir Liberale wollen, dass mehrere Botschaften ausgesendet werden.

Erstens. Wir stehen zum Konventsentwurf und wir wollen, dass er auch im nächsten Jahr Grundlage für weitere Verhandlungen und Gespräche ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Zweitens. Deshalb halten wir alle Spekulationen und Drohungen mit einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten oder einem Kerneuropa im jetzigen Moment für absolut kontraproduktiv.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir dürfen jetzt nicht nach Lösungsmöglichkeiten suchen, bei denen der Eindruck erweckt wird, dass Europa auseinander getrieben wird. Denn es besteht die Gefahr, dass das als Ost-West-Spaltung verstanden werden könnte. Deshalb müssen wir jetzt, wenige Tage nach dem gescheiterten Regierungsgipfel, alles dafür tun, um deutlich zu machen, dass dieser Prozess weitergehen soll und weitergehen muss.

(Beifall bei der FDP)

Dass keiner heute einen perfekten Fahrplan in der Tasche hat, ist doch selbstverständlich.

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Richtig!)

Deshalb müssen Parlamentarier sagen, was sie wollen. Oder wollen wir warten, bis die Regierung uns irgendwann einen Plan vorlegt?

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir müssen sagen, was wir wollen. Wir wollen, dass zu Beginn des nächsten Jahres schon unter irischer Präsidentschaft intensive Sondierungsgespräche der Außenminister und auch der Parlamentarier stattfinden, mit

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

- (A) Polen und mit Frankreich, wie wir es auch im Europausschuss in länderüberschreitenden Sitzungen machen.

(Raider Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist doch geplant! Alles geplant!)

Das muss mit Parlamentariern anderer Parlamente genauso geschehen. Wenn nicht jetzt ein Verhandlungsmarathon und Sondierungsgespräche beginnen, dann wird kein Klima geschaffen, in dem wieder eine Regierungskonferenz einberufen werden kann. Dass diese erst einberufen werden kann, wenn die Chance zu einer Vereinbarung und zu einem Kompromiss auf der Grundlage des Konventsentwurfes gegeben ist, ist uns allen, glaube ich, klar. Denn noch einmal dürfen Regierungsvertreter nicht in dieser Form auseinander gehen und Bürgerinnen und Bürger in Unsicherheit und einer immer größeren Distanz zu Europa zurücklassen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb müssen wir Parlamentarier von hier die richtigen Botschaften und Signale aussenden. Dass das von den Finanzstreitigkeiten im nächsten Jahr überlagert wird, wissen wir alle. Aber, lieber Herr Steenblock, Herr Cohn-Bendit hat in der Debatte gestern ganz klar und sehr treffend gesagt: Leider treffen Regierungschefs häufig nicht den richtigen Ton zur richtigen Zeit. Das bezieht sich auf den Brief, der am Montag versandt wurde.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Das ist genau der Punkt! Wir hätten eine Weihnachtskarte versenden sollen!)

- (B) Insofern müssen wir darüber debattieren, ob der Ton und Zeitpunkt richtig gewählt waren, ob man nicht anders hätte vorgehen müssen und ob Gespräche, die ein Aufeinanderzugehen ermöglichen würden, nicht eher erschwert als erleichtert wurden. Es lohnt sich, über diese Fragen mit unserem parlamentarischen Verständnis des europäischen Einigungsprozesses zu debattieren.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der FDP – Beifall bei der CDU/CSU – Detlef Dzembritzki [SPD]: So viel Beifall hat die FDP-Kollegin schon lange nicht mehr von der FDP bekommen!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Peter Altmaier.

Peter Altmaier (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben in den vergangenen eineinhalb Jahren parteiübergreifend gemeinsam auf den Erfolg des Konvents hingearbeitet. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten auch gemeinsam auf den Erfolg der Verfassung hinarbeiten.

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Hoffentlich!)

Das bedeutet aber nicht, dass wir zu allen Fehlern schweigen, die Sie in diesem Prozess begehen.

Ich frage mich, wie der Oppositionsführer Joseph Fischer reagiert hätte, wenn wir 1992 oder 1996 mit einem derart blamablen Ergebnis aus Maastricht oder Amsterdam zurückgekehrt wären.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Sie hätten in diesem Haus Prozessionen durchgeführt. Deshalb müssen Sie es sich auch gefallen lassen, dass wir heute über dieses Thema reden.

Mich bedrückt vor allen Dingen die Frage, wie es weitergeht. Was mich erschüttert hat, war der Umstand, dass weder die italienische Ratspräsidentschaft noch die deutsche Bundesregierung im Augenblick des Scheiterns des Gipfels auch nur über die Spur eines Konzepts verfügt haben, wie es in den nächsten Wochen und Monaten in Europa weitergehen soll.

Ich befürchte, dass wir ohne jede Strategie in das neue Jahr hineinstolpern und die Voraussetzungen für das Zustandekommen der Verfassung erschweren. Ich halte es für falsch, dass jetzt eine Verbindung zwischen der Finanzierung der Europäischen Union und dem Zustandekommen der Verfassung hergestellt wird. Damit fordern Sie Länder wie Spanien und Polen auf, das Zustandekommen der Verfassung bis zum Jahr 2005 oder 2006 zu blockieren, wenn die Entscheidung über die Finanzen ansteht.

Ich halte den Brief der Sechs für genauso problematisch wie seinerzeit den Brief der Acht im Zusammenhang mit dem Irakkrieg. Ich glaube erstens, dass uns diese Art der öffentlichen Propaganda gegen andere Staaten in Europa nicht weiterbringt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich glaube zweitens auch, Herr Bundesaußenminister, dass wir sehr vorsichtig sein müssen, schon jetzt in öffentlichen Stellungnahmen davon auszugehen, dass es möglicherweise bis zur niederländischen Ratspräsidentschaft oder noch länger dauert, bis Lösungen gefunden werden.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Ja!)

Die niederländische Ratspräsidentschaft fällt mit einer Phase der Unsicherheit nach der Wahl zum Europäischen Parlament und mit dem Ende der Amtszeit der jetzigen EU-Kommission zusammen. Wenn erst einmal der Druck aus dem Kessel entwichen ist, dann wird es für alle Regierungen schwierig, wieder die nötige Energie für Kompromisse aufzubringen. Deshalb betonen wir: Europa braucht diese Verfassung, und zwar jetzt. Wir können uns nicht erlauben, sie auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Wer bestreitet das denn?)

Ich komme zu einem dritten Punkt. Ich halte das Gerede über ein Europa der zwei Geschwindigkeiten zum gegenwärtigen Zeitpunkt für fahrlässig und gefährlich. Die Debatte über ein Europa der zwei Geschwindigkeiten war zu einem Zeitpunkt wichtig, als die europäische

Peter Altmaier

- (A) Integration in Sachgebieten nicht vorangekommen ist. Die gegenwärtige Situation ist aber davon geprägt, dass wir in der Frage der Institutionen bzw. der Demokratie, Transparenz und Effizienz nicht vorankommen. Wenn Sie wollen, dass sich in diesem Bereich etwas ändert,

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Das wollen die nicht!)

dann können Sie nicht mit vier oder fünf Staaten vorangehen; notwendig ist vielmehr eine Europäische Union mit einer Verfassung, die für alle Mitgliedstaaten gleichermaßen anwendbar ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich glaube, wir müssen hinsichtlich der nächsten Wochen und Monate davon ausgehen, dass es die Regierungen nicht alleine schaffen werden.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Vor allem nicht diese Regierung!)

Sie haben es in der vergangenen Woche in Brüssel nicht geschafft und sie werden es auch in den nächsten Monaten nicht schaffen. Deshalb sollten wir darüber nachdenken, ob man – möglicherweise – mit einem sehr begrenzten Mandat und für eine sehr kurze Zeit noch einmal den Konvent zusammenruft, ob man so etwas wie eine Versammlung von Assisen, von weisen Männern

(Sabine Leutheusser-Schnarrenberger [FDP]: Und Frauen!)

- (B) – und natürlich von Frauen, liebe Kollegin Leutheusser-Schnarrenberger –, zusammenruft, die den Auftrag haben, der Regierungskonferenz noch vor dem 1. Mai 2004 einen vernünftigen Vorschlag zu unterbreiten, aus dem hervorgeht, wie dieses Problem gelöst werden kann. Herr Bundesaußenminister, ich würde mich freuen, wenn die deutsche und die französische Regierung, die mit Ihrem Vorschlag im Januar dieses Jahres immerhin erreicht haben, dass wir im Konvent in wichtigen Punkten vorangekommen sind,

(Zurufe von der SPD: Aha!)

auch die Kraft hätten, jetzt einen Kompromissvorschlag auf den Tisch zu legen, der es ermöglicht, aus der Sackgasse der Regierungskonferenz herauszukommen.

Wenn man sich fragt, warum der Gipfel in Brüssel gescheitert ist, dann stellt man fest, dass es dafür einige vordergründige Erklärungen, aber nur eine Ursache gibt, die weit über den Tag hinausgeht. Ich meine die folgende Tendenz: Europäische Themen werden in den letzten Monaten und Jahren zunehmend für nationale Politik missbraucht. Wer das tut, der beschädigt die Fundamente der europäischen Integration. Wenn der deutsche Bundeskanzler den Stabilitäts- und Wachstumspakt mit Füßen tritt, wenn die deutsche Bundesregierung im Frühjahr 2002 vor dem Ecofin-Rat erklärt, die Dreiprozentmarke auf jeden Fall einzuhalten und einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, und wenn man sich nicht darum schert, dass der Bundeskanzler im Rahmen des Irakkrieges den deutschen Weg ausruft, dann braucht

man sich nicht zu wundern, dass dann, wenn man „deutscher Weg“ in den Wald hineinruft, „polnischer Weg“ aus dem Wald herausschallt. (C)

Europa erlebt nicht seine erste Krise. Ich denke, wir haben alle Chancen, die jetzige Krise zu überwinden und noch vor der Europawahl einen Verfassungsvertrag vorzulegen, wenn wir bereit sind, sofort an die Arbeit zu gehen, und nicht warten, bis die Bedingungen besser werden. Sie werden nicht besser, sondern nur schlechter. Deshalb müssen wir das Eisen schmieden, solange es noch heiß ist.

(Beifall bei der CDU/CSU – Günter Gloser [SPD]: Ich habe gedacht, ein Altmaier ruft in den Wald hinein und ein Neumaier kommt heraus!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Herr Bundesaußenminister Joseph Fischer.

Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einer Vorbemerkung beginnen. Ich halte es für das selbstverständliche Recht der Opposition, eine Aktuelle Stunde zu diesem wichtigen Thema zu beantragen. Ich persönlich vermag allerdings den Unterschied zwischen 12 Uhr und 14 Uhr nicht nachzuvollziehen. Ich habe die Zuschauertribüne sehr aufmerksam beobachtet und festgestellt, dass im Laufe der Debatte noch Journalisten hinzugekommen sind. Ich glaube, an diesem Punkt kann man also abrüsten. (D)

Zur Sache. Aus Sicht der Bundesregierung muss ich sagen, dass das Scheitern der Regierungskonferenz in Brüssel am Wochenende in der Tat sehr schmerzhaft war. Aber definitiv nicht gescheitert ist der Verfassungsprozess. Mir ist wichtig, dass hier unterschieden wird. Wir sind in Brüssel gemäß dem vorgegangen, was ich in meiner Regierungserklärung für die Bundesregierung dargelegt habe – dazu hat es sehr viel Zustimmung gegeben –, nämlich dass wir nicht wieder einen schlechten Kompromiss eingehen wollten. Der Vertrag von Nizza ist ratifiziert.

Es war völlig klar – so habe ich das auch vor dem Deutschen Bundestag dargelegt –, dass wir den Verfassungsentwurf weitestgehend verteidigen wollten. Positiv ist, dass wir hier bis auf die offen gebliebene Frage, bei der sich zwei Mitgliedstaaten nicht in der Lage gesehen haben, sich der überwiegenden Mehrheit der Regierungskonferenz anzuschließen, einen weit gehenden Konsens erreicht haben. Diesen Konsens sozusagen auf den Vertrag von Nizza herunterzubrechen hätte keinen Sinn gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Das ist richtig!)

Das habe ich schon vor der Regierungskonferenz im Bundestag erklärt. Entsprechend sind wir auch vorgegangen. Ich glaube, dass man sich über diesen Punkt nicht so sehr aufregen muss.

Bundesminister Joseph Fischer

(A) Wir haben sofort und ausführlich in der Sitzung des Europaausschusses informiert. Aus Sicht der Bundesregierung hätte diese Sitzung auch öffentlich sein können. Aber dann wäre der Informationsaustausch nicht so intensiv ausgefallen, wie das sonst immer – Gott sei Dank – in geschlossener Sitzung möglich war. Herr Dr. Gerhardt, viele Fragen, die Sie gestellt haben, wurden im Ausschuss beantwortet. Es ist nicht notwendig, dass Sie hier im Tremolo sagen, wir müssten den Verhandlungsprozess, die Gespräche der Außenminister sofort wieder aufnehmen. Schon in dem Augenblick, in dem wir wussten, dass es in Brüssel zu keinem Ergebnis kommt, war klar, dass der Prozess direkt wieder aufgenommen wird. Ich halte das für eine Selbstverständlichkeit; Ihr Tremolo macht hier keinen Sinn.

Ich bin sehr dafür, dass wir den Verfassungsprozess zum Erfolg bringen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Wenn man den Verfassungsprozess zum Erfolg bringen will, dann – das muss klar sein – muss man zunächst einen Konsens erreichen, und zwar in der entscheidenden Frage des Abstimmungsmodells. Wenn der erreicht ist, kann man sehr schnell eine Regierungskonferenz einberufen, mit kurzen Äußerungen – das ist gewissermaßen eine Sache von Stunden – die Einigung erklären, abstimmen und dann war es das.

(B) Diesen Konsens zu erreichen wird aber Zeit brauchen. Das ist keine Vertagung oder Ähnliches. Wenn ich die Diskussionen in Brüssel, die wir dort mit der spanischen und der polnischen Seite hatten, als Grundlage nehme, dann kann ich wirklich nur sagen: Das wird Zeit brauchen.

Was aber überhaupt nicht weiterführt, ist Folgendes: Sie stellen sich hier hin und sagen, die Auseinandersetzung um den Stabilitäts- und Wachstumspakt habe eine Rolle gespielt – oder die Tatsache, dass Deutschland und Frankreich zu weit vorausgehen; so ganz einig sind Sie sich auch hier wieder nicht. Sie müssen sich einmal die Frage stellen, wie konsistent Ihre Position ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD – Peter Hintze [CDU/CSU]:
Sehr!)

– Überhaupt nicht, Herr Hintze!

Sie sagen doch völlig zu Recht, dass Nizza in dem entscheidenden Punkt, in der Frage des Abstimmungsmodus, ein unzureichender Vertrag war. Andere sagen, es sei ein schlechter Vertrag. Ich sage: Es ist ein unzureichender Vertrag. – Warum? Weil Nizza letztlich auf Blockademinderheiten gründet. Warum ist es in Nizza zu diesem unzureichenden Abstimmungsmodus gekommen, wo doch jedem klar war, dass die erweiterte Union mit diesem Abstimmungsmodus nur sehr schwer steuerbar und handhabbar sein würde? Ich kann Ihnen sagen, warum! Weil es in Nizza keine deutsch-französische Übereinstimmung gegeben hat. Sonst hätten wir die doppelte Mehrheit bereits in Nizza bekommen. Wir haben schon in die Schlussfolgerungen von Nizza geschrieben,

das wir den Weg über Laeken zum Verfassungsprozess gehen müssen. Das war eine deutsche Initiative, eine deutsche Idee. Seien Sie doch froh darüber, dass wir hier die deutsch-französische Übereinstimmung haben! (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Ich war offensichtlich auf einer anderen Veranstaltung als Sie. Sie waren im Reich der Träume; ich war in Brüssel dabei. Ich habe mit vielen kleinen neuen Mitgliedstaaten gesprochen. Die haben gesagt: Selbstverständlich; wir wollen diesen Vertrag. – Das ist kein Dissens zwischen alten und neuen Mitgliedstaaten gewesen. Die Frage des Stabilitäts- und Wachstumspaktes oder unterschiedliche Positionen zur Irakfrage oder Ähnliches haben nie eine Rolle gespielt, sondern es ging ausschließlich um zwei Punkte. Ein Land wollte seine Blockademinderheit behalten – ich will Ihnen gleich sagen, warum; das hat mit der Thematik des Briefes zu tun – und ein anderes Land legte aus Gründen, die man auch unterschiedlich bewerten mag, Wert darauf, die numerische Nähe zwischen den 27 und den 29 Stimmen, zwischen der Gruppe der ganz großen Länder und den zwei nächstgrößeren Ländern, zum gegenwärtigen Zeitpunkt aufrechtzuerhalten. Das war nicht zu überwinden und das hatte nichts mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt, nichts mit der deutsch-französischen Position und mit nichts dergleichen zu tun.

Weil Sie sich hier immer so aufblasen, was die Vergangenheit angeht, will ich Ihnen Folgendes sagen: Maastricht war ein guter Vertrag. Was wir jetzt zum erneuten Male nicht hinkommen haben, war aber bereits in Amsterdam in der Tüte der zu lösenden Probleme; schon seinerzeit ist das nicht gelöst worden. Die Ehrlichkeit gebietet es, dass Sie das hier auch so sagen, meine Damen und Herren! (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Der Vorsitzende und Geschäftsführer der amerikanischen RAND-Corporation schreibt heute in einem interessanten Beitrag für eine deutsche Zeitung: Brüssel ist Philadelphia. – Damit weist er zu Recht darauf hin, dass vor über 200 Jahren exakt dasselbe Problem – die Stimmrechte, die Abstimmungsregeln, über die zu entscheiden war – fast zum Scheitern des amerikanischen Verfassungsprozesses geführt hat. – Warum ist das so wichtig? Weil die Abstimmungsregeln der Kern einer jeden Verfassung, eines jeden demokratischen Verfahrens sind, ob auf nationaler oder auf europäischer Ebene.

Da gibt es einen Zusammenhang. Wir haben immer gewarnt, Herr Dr. Gerhardt. Wir haben immer gesagt: Lasst uns bitte die Verfassung verabschieden, also die institutionellen Fragen lösen, bevor wir die nächste finanzielle Vorausschau verabschieden!

(Peter Hintze [CDU/CSU]: Eben!)

Als ich das beim Außenministertreffen in Riva del Garda sagte, hieß es: Fischer droht. – Mitnichten war das meine Absicht.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Das ist nicht der Punkt!)

Bundesminister Joseph Fischer

- (A) Derjenige, der eine Botschaft überbringt und die Folgen benennt, spricht doch keine Drohung aus. – Jetzt haben wir die Parallelität.

Ich will ihnen sagen, warum die Nettozahler nun einen Brief geschrieben haben. Das richtet sich nicht gegen die Neuen, ob es nun um Polen, den größeren Neuen, oder um die kleineren Neuen geht. Wir haben das Interesse, dass möglichst viel von den Strukturfondsmitteln in die neuen Mitgliedsländer kommt, damit die ihre Wettbewerbsfähigkeit möglichst schnell erhöhen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Das war immer die Position, die der Bundeskanzler und ich vertreten haben.

Je schneller neu hinzukommende Länder die Grenze erreichen, ab der sie Nettozahler werden, desto besser ist es, und zwar aus zwei Gründen: Sie leisten dann nicht nur selbst aktiv Beiträge, sondern sie tragen auch dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit der erweiterten Union insgesamt zu steigern. Das ist sowohl im Interesse der neu hinzukommenden als auch der alten Mitgliedstaaten.

Insofern gibt es keinen Unterschied zwischen Ungarn und Polen, zwischen Tschechien und der Slowakei oder zwischen Slowenien und den baltischen Staaten. Wir haben ein Interesse daran, dass möglichst viel von den Finanzmitteln zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit verwendet wird.

- (B) (Peter Altmaier [CDU/CSU]: Aber der Brief führt doch dazu, dass möglicherweise alles blockiert wird!)

– Nein! Die Kommission wird im Januar einen Vorschlag machen. Sie wollte das schon vorher machen. Gott sei Dank ist das vertagt worden. Die Weisheit hat hierbei die Hand geführt.

Sie entnehmen doch der Presse sowie den Stellungnahmen von Barnier – er hat schon vorher eine Stellungnahme abgegeben, auch mit Blick auf unsere Bundesländer –, von Prodi, von der Kollegin Schreyer und von anderen, dass sie eine Überschreitung der 1-Prozent-Marke wollen.

Damit komme ich zur Inkonsistenz Ihrer Politik zurück: Man kann nicht auf der einen Seite – zu Recht oder zu Unrecht – darauf hinweisen, dass es mit dem Stabilitätspakt und der 3-Prozent-Marke ein Problem gibt, und auf der anderen Seite fordern, dass in Zukunft statt 7 Milliarden Euro – dieser Betrag würde sich ergeben, wenn wir die 1-Prozent-Marke einhalten – 14 Milliarden Euro oder noch mehr zusätzlich gezahlt werden sollen.

Es hat nichts mit einer Drohung zu tun, wenn der Finanzminister und die Vertreter anderer Nettozahlerländer – Deutschland steht dabei nicht an erster Stelle – zu Beginn der Finanzverhandlungen, die im Januar 2004 beginnen, mit vollem Recht darauf hinweisen, dass die 1-Prozent-Grenze für uns notwendig, wichtig und richtig ist. Die Länder, die heute am Tisch sitzen, sollten nicht

einfach damit rechnen – das ist Sinn und Zweck des Ganzen –, dass sie so weitermachen können wie bisher; (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

es kommen zehn neue Länder hinzu und die Nettozahler werden ihre Leistungen wesentlich erhöhen. Ich kann Ihnen nur sagen: Dieser Hinweis ist berechtigt.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Dann hätte man den Brief etwas anders verfassen müssen! – Gegenruf des Abg. Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Ach, komm, Herr Oberlehrer!)

– Ich will gern an diejenigen, die diesen Brief entworfen haben – es war nicht die Bundesregierung –, weitergeben, dass Herr Dr. Gerhardt leichte Veränderungen vorgenommen hätte.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Ein wichtiges Ergebnis der Aktuellen Stunde!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Herr Minister, achten Sie bitte ein bisschen auf Ihre Redezeit!

Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen:
Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss.

Wir halten an der Position fest: Wir wollen diesen Verfassungsentwurf umsetzen. Wir wollen kein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten und kein Kerneuropa; aber die Nichtumsetzung des Verfassungsentwurfes kann eine entsprechende Entwicklung zur Folge haben. In diesem Sinne hat sich Herr Kollege Lamers, wenn ich mich richtig entsinne, gestern oder heute in einem Interview geäußert. Sie können ihn deshalb nicht plötzlich als einen Antieuropäer bezeichnen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen diesen Verfassungsvertrag, aber wir wollen nicht, dass man beim Abstimmungsverfahren auf den Vertrag von Nizza zurückfällt. Deshalb werden wir uns um einen Kompromiss bemühen – und zwar auf der Grundlage des neuen Systems, welches da heißt: Gestaltungsmehrheit statt Blockademinderheiten! Das ist unsere Position.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir uns darüber einig sind, dann können wir in die Weihnachtspause gehen. Die Bundesregierung wird auch unter dem Weihnachtsbaum und im neuen Jahr energisch an diesem Thema weiterarbeiten.

Da dies meine letzte Rede vor der Weihnachtspause und in diesem Jahr ist, möchte ich es nicht versäumen, hier mit einigen persönlichen Worten zu enden: Ich wünsche Ihnen, Frau Präsidentin, aber auch dem ganzen Haus ein frohes Fest, ein schönes neues Jahr sowie manch hitzige Debatte und mehr Erfolg für Europa im Jahr 2004.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Zuruf von der FDP: Und frohe Ostern!)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**
Vielen Dank.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Axel Schäfer.

Axel Schäfer (Bochum) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir über Europa debattieren, sollten wir offen diskutieren: Am Anfang stand das Ergebnis des Konvents, das der Deutsche Bundestag unterstützt und die deutsche Bundesregierung vertreten hat, und zwar so, wie es das Europäische Parlament erwartet hat. Damit hat die Bundesregierung nicht nur Unterstützung in Brüssel, sondern auch ein ausdrückliches Lob dafür verdient, dass sie als eine von ganz wenigen Regierungen das Ergebnis des Konvents verteidigt und vorangebracht hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dieses, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich nun auch konsequent in Bezug auf die Parteien darlegen.

Zu den Liberalen: Liberale Abgeordnete aus der Bundesrepublik Deutschland sind ja nicht im Europäischen Parlament vertreten. Also müssen wir einen anderen Liberalen zitieren: Der Präsident des Parlaments, Pat Cox, hat hier in diesem Hause ausdrücklich die Position der deutschen Bundesregierung bezüglich des Verfassungsentwurfs unterstützt. Ich denke, das sollten auch die liberalen Kolleginnen und Kollegen in Deutschland zur Kenntnis nehmen. Hier wurde von einem europäischen Liberalen die deutsche Position unterstützt. Ich denke, das war auch gut so.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zur CDU/CSU: Hier ist ja die Bewertung der Haltung der spanischen und der polnischen Regierung strittig. Die spanische Regierung in Person des Ministerpräsidenten Aznar – ich habe das selbst hautnah erlebt als Abgeordnetenvertreter auf dem Gipfel in Amsterdam – ist schon damals vom deutschen Bundeskanzler bekniet worden, sie möge sich in Richtung doppelte Mehrheit bewegen. Das hat leider nicht geklappt. Der deutsche Bundeskanzler hieß damals bekanntlich Helmut Kohl. An diesem Punkt ist deutlich festzuhalten: Wir als Mehrheit in diesem Haus haben mit der Bundesregierung das fortgesetzt, was damals begonnen worden ist. Sie können uns nicht deshalb kritisieren, weil wir Dinge, um die auch Sie sich schon bemüht haben, bis jetzt noch nicht erfolgreich umgesetzt haben. Diese Kritik geht daneben.

Bezüglich Polen muss man deutlich machen, dass die polnische Regierung leider in vielen Fragen nationalistischen Stimmungen im eigenen Lande nachgegeben hat, obwohl, wie wir wissen, 61 Prozent aller polnischen Bürgerinnen und Bürger einen Kompromiss in der Verfassungsfrage wollen. Diese Haltung sollten wir unterstützen. Bei den Gesprächen, die wir bei Besuchen in Spanien und Polen oder im Rahmen von Parlamentarierdelegationen führen, müssen wir das gemeinsame europäische Interesse deutlich machen. Ich glaube, dass hier

die Chance besteht, erfolgreich Überzeugungsarbeit zu leisten. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zum Brief der Sechs: Sechs Länder haben zum Thema Finanzrahmen einen Brief verfasst, darunter der Regierungschef von Österreich, dessen Partei bekanntlich zur EVP-Fraktion gehört und der Christdemokrat ist, der Regierungschef der Niederlande, dessen Partei bekanntlich auch zur EVP-Fraktion gehört und der auch Christdemokrat ist,

(Peter Altmaier [CDU/CSU]: Gott sei Dank!)

und der Regierungschef von Frankreich, der Gaullist ist; die Gaullisten gehören bekanntlich im Europäischen Parlament ja auch zu Ihrer Fraktion.

(Peter Altmaier [CDU/CSU]: Gott sei Dank!)

Sie müssen schon ehrlich sagen, dass es sich hierbei um eine Initiative von einer Reihe von europäischen Ländern handelte, und können nicht so tun, als handele es sich hierbei um eine Erfindung dieser Bundesregierung, die sich damit gegen Europa richtet. Was Sie an dieser Stelle machen, ist einfach unredlich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Man kann das natürlich auch positiv wenden und den Finanzrahmen bis 2006, der derzeit noch gilt, als Erfolg der deutschen Ratspräsidentschaft im Jahre 1999 und damit als Erfolg dieses Bundeskanzlers Gerhard Schröder verbuchen. Auch darauf möchte ich hinweisen. Wir haben, als wir den Ratsvorsitz hatten, beweisen können, dass wir in der Lage sind, eine zukunftsgerichtete solidarische europäische Finanzpolitik zu machen. Genau diesen Weg werden wir weitergehen. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der EU-Gipfel ist gescheitert, aber der Verfassungsprozess geht weiter. Ich glaube, in dieser Analyse sind wir uns einig. Deshalb sollten wir jetzt eine Europadebatte im Geiste des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs in Thessaloniki führen, nämlich alles dafür zu tun, vor der Direktwahl des Europäischen Parlaments am 13. Juni ein Stück nach vorne zu kommen und möglichst eine Übereinstimmung zu erzielen. Das heißt, dass wir jetzt die Diskussion fortsetzen und das festschreiben müssen, worin sich 23 Länder – das ist ja ein großer Erfolg – heute einig sind. Wir können hoffen, dass wir in diesen Prozess auch die anderen beiden noch einbeziehen. Ich glaube, das ist aller Mühen wert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ein Letztes, liebe Kolleginnen und Kollegen: Der europäische Verfassungskonvent startete im Juni 1999 unter Federführung dieser Bundesregierung. Wir haben damals mit der Erarbeitung einer Grundrechtecharta begonnen. Ich bin ganz sicher, dass noch in der Regierungszeit dieser Bundesregierung bis Ende 2006 der

Axel Schäfer (Bochum)

- (A) Vertrag von allen 25 Staaten unterschrieben und in den Parlamenten ratifiziert sein wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Gesine Lötzsch.

Dr. Gesine Lötzsch (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin Abgeordnete der PDS. – Die Bundesregierung hat in Brüssel hoch gepokert und verdient verloren. Sie hat aus zwei Gründen eine europäische Bruchlandung hingelegt: Erstens. Bei der Festlegung der Stimmengewichtung hat die Bundesregierung maßlos und arrogant überzogen. Zweitens. Sie hat – dies ist ein grundsätzliches Problem – die neuen Mitglieder immer als Bittsteller und nicht als gleichwertige Partner betrachtet.

Zum ersten Problem. Es ging in Brüssel nicht um Gott – wie es die CSU vielleicht gern gehabt hätte –, sondern um die Macht. Wer über die meisten Stimmen verfügt, entscheidet die Zukunft Europas.

(Jörg Tauss [SPD]: Das ist wahr!)

Der Verfassungsentwurf sah vor, die Bevölkerungszahl als entscheidendes Kriterium an die Stelle der gewichteten Stimmen treten zu lassen.

(Jörg Tauss [SPD]: Das ist demokratisch!)

- (B) Die Gewinner dieser Regelung wären Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien gewesen.

(Jörg Tauss [SPD]: Und Luxemburg!)

Diese Länder haben jetzt jeweils 29 Stimmen im Rat; das entspricht einem Stimmenanteil von 8,4 Prozent.

Die Bundesregierung jedoch wollte eine Regelung, bei der Deutschland seinen Stimmenanteil von 8,4 auf 17 Prozent verdoppelt hätte. Spanien und Polen hingegen hätten ihren Stimmenanteil nur geringfügig von 7,8 auf 8 Prozent vergrößert. Warum hätten – so frage ich Sie – die beiden Länder dieser Verschlechterung zustimmen sollen? Warum messen Sie diese Länder mit anderer Elle?

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Zum zweiten Problem. Sie haben die neuen Mitglieder der EU immer als Bittsteller betrachtet. Ich war viele Jahre Vorsitzende des Europaausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus und habe unzählige Veranstaltungen zur Erweiterung der Europäischen Union erlebt. An eine Veranstaltung kann ich mich besonders gut erinnern, weil sie so exemplarisch war: Vor dem für die Erweiterung zuständigen Kommissar, Herr Günter Verheugen von der SPD, saßen die Botschafter der Beitrittsländer. Er sagte jovial zu ihnen, als seien sie dumme Schuljungen: Nun strengt euch einmal ein bisschen an!

Jahrelang sind die Beitrittskandidaten von der EU gegängelt und in Oberlehrermanier behandelt worden.

(Günter Gloser [SPD]: Was soll denn das? – Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Unverantwortlich!)

(C)

Deshalb ist es natürlich kein Wunder, dass sie zu einem Zeitpunkt, wo sie die Möglichkeit dazu haben, besonders selbstbewusst auftreten und ihre Rechte einfordern.

Man muss sich beim ersten Schritt eben auch immer den zweiten und den dritten überlegen. Das ist die Lektion von Brüssel. Ich hoffe, Sie haben sie gelernt.

Danke schön.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Gerd Müller.

Dr. Gerd Müller (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Man muss sich schon die Frage stellen, warum diese Bundesregierung weder in Deutschland noch in Europa Erfolg hat.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Oh! – Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]:
Herr Müller, muss das sein?)

Schauen wir einmal zurück. Die großen europäischen Projekte der vergangenen 15 Jahre waren Projekte der Christdemokraten und der Liberalen:

(Günter Gloser [SPD]: Das ist Geschichtsklitterung, Herr Kollege Müller!)

(D)

der europäische Binnenmarkt, von dem wir alle profitieren, die Einführung des Euro oder auch die Osterweiterung. Aber diese Bundesregierung hat weder in Deutschland noch in Europa Erfolg. Ich denke in diesem Zusammenhang an die Gipfel von Berlin, von Nizza und – ganz aktuell – von Brüssel.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Berlin war ein großer Erfolg!)

– Beruhigen Sie sich etwas! Wir sind doch in der Weihnachtszeit.

Versuchen Sie einmal, einem zwei- oder dreijährigen Kind die Hand zu geben. Das wird Ihnen nur gelingen, wenn dieses Kind Vertrauen zu Ihnen hat. Vertrauen ist auch in der Politik ein hohes Gut. Der Grund, warum diese Bundesregierung keinen Erfolg in Europa hat, ist, dass sie das Vertrauen unserer Partner zerstört hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Günter Gloser [SPD]: Wo lebt ihr denn eigentlich?)

Das ist – unabhängig von inhaltlichen Differenzen – der Hauptgrund.

Denken Sie zurück an die Zeit von Hans-Dietrich Genscher und Helmut Kohl. Auch damals gab es viele inhaltliche Auseinandersetzungen. Es wurde beispielsweise darüber gestritten, wo der Sitz der Europäischen Zentralbank sein soll. Glauben Sie wirklich, Helmut Kohl, Hans-Dietrich Genscher und Theo Waigel hätten

Dr. Gerd Müller

- (A) diese wichtigen Fragen im Einvernehmen lösen können, wenn sie nicht auf das Vertrauen, das sie durch jahrelange Arbeit geschaffen haben, hätten bauen können? Vertrauen schaffen ist das Erfolgsrezept. Aber da sich diese Bundesregierung nicht daran hält, hat sie nur Misserfolge. Fehlendes Vertrauen hat größere Auswirkungen mit Blick auf die Zukunft als die inhaltlichen Fehler, die Sie machen. Der Gipfel von Brüssel ist gescheitert, weil Sie das Vertrauen der Partner und auch das Vertrauen der Menschen in Europa nicht mehr haben.

Sehr geehrter Herr Bundesaußenminister, Sie haben Vertrauen zerstört, denn Sie sind ein Spalter. Der deutsche Sonderweg wurde hier schon angesprochen. Ihr Freund Chirac hat den Polen entgegengeschleudert, als sie sich an die Seite der Amerikaner gestellt haben – das ist jetzt ein gutes Jahr her –: Haltet das Maul; so benimmt man sich als neues Mitglied nicht! Wenn man so mit den Freunden, mit den Beitrittsstaaten umgeht, dann muss man sich über nichts wundern.

(Anna Lührmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie ist denn Frau Steinbach mit den Polen umgegangen?)

- (B) Vor wenigen Wochen haben Sie die Union der Zwei ausrufen wollen, eine deutsch-französische Staatenunion. Vor dem Gipfel haben Sie das Signal des Frühstücks der Drei, der drei Großen gegeben. In Tervuren haben Sie den Verteidigungsgipfel der Vier einberufen. Jetzt folgt die Erklärung der Sechs. Das sind alle Signale an die Übrigen, die Dänen, die Slowenen, an kleine Länder, aber auch an mittelgroße. Es sind Signale des Misstrauens, der Arroganz und der Machtdemonstration. Deshalb haben Sie keinen Erfolg; Sie haben das Vertrauen der Partner nicht mehr.

Lassen Sie mich kurz inhaltlich auf einen Punkt, den Sie immer als Kernfrage herausstellen, eingehen. Bereits in Nizza wurde die Einführung der doppelten Mehrheit beschlossen. Leider reflektiert darüber niemand. Das sind Speichelreflexe. Wer den Nizza-Vertrag kennt, der jetzt für den Beitritt gilt – wir fallen nicht in einen rechtsfreien Raum –, weiß, dass wir die doppelte bzw. dreifache Mehrheit haben. Das ist zugegebenermaßen etwas kompliziert, aber immerhin gibt es dieses Prozedere. Herr Bundesaußenminister, wer hat den Polen vor drei Jahren das Angebot gemacht: Wir verzichten auf einen Kommissar, ihr bekommt dafür die 27 Stimmen? Das waren Sie, es war die deutsche Bundesregierung.

(Günter Gloser [SPD]: Vergessen Sie doch das Umfeld nicht, Mensch!)

Sie haben den Polen vor drei Jahren in Nizza dieses Angebot gemacht. Jetzt, da die Staaten der EU beitreten, sagen Sie „Ätsch, ist nicht!“ und ziehen ihnen den Boden unter den Füßen weg. Das kann natürlich nicht funktionieren! Ich habe Verständnis für die Polen.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Heuchlerisch!)

Ich würde mir wünschen, dass Sie nicht auf Polen mit dem Finger zeigen und auf Polen und Spanien einschla-

- gen. Fahren Sie hin, suchen Sie das Gespräch, bauen Sie wieder Vertrauen auf! Wir brauchen dieses Vertrauen unserer polnischen Freunde dringend. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU – Günter Gloser [SPD]: Wovon reden Sie eigentlich?)

Ich möchte Ihnen noch einen weiteren Punkt mitgeben.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Achten Sie bitte auf die Redezeit!

Dr. Gerd Müller (CDU/CSU):

So einfach, wie Sie es sagen, ist es nicht: Man beruft eine Regierungskonferenz ein und zieht das innerhalb einer Stunde durch, am Volk vorbei, am Parlament vorbei. – Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Günter Gloser [SPD]: Was soll denn das? Drohungen! Herr Müller droht! – Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In was für einer Welt leben Sie denn?)

Bei diesem Verfassungsvertrag besteht nicht nur das Problem der Stimmenwägung, sondern es werden erhebliche inhaltliche Probleme aufgeworfen. Er ist nicht die Antwort auf eine neue Kompetenzordnung und nicht die Antwort auf die Zukunftsfragen der Europäischen Union.

(Günter Gloser [SPD]: Müller lehnt die Verfassung ab!)

- Sie hebeln damit den Maastricht-Vertrag aus; das wissen Sie. (D)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Herr Kollege Müller, bitte zum Schluss kommen!

Dr. Gerd Müller (CDU/CSU):

Sie haben Angst vor dem Volk. Sie wussten, dass wir dem Volk diese Frage zur Abstimmung stellen würden. Deshalb haben Sie zurückgezogen.

(Günter Gloser [SPD]: Wer ist „wir“, Herr Müller?)

Sie lösen mit diesem Verfassungsvertrag die Zuwanderungsfragen über Brüssel – nicht in unserem Sinne – und Sie zerschlagen die kommunale Ordnung in Deutschland.

(Günter Gloser [SPD]: Meine Güte! – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Nun hören Sie endlich auf!)

Deshalb werden wir es Ihnen nicht durchgehen lassen, das Ding in einer Stunde schnell durchzuwinken.

Ich komme zum Schluss.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Nein, Herr Kollege Müller, das geht jetzt nicht mehr; das war schon ein Schlusssatz.

(A) **Dr. Gerd Müller** (CDU/CSU):

Ja, Frau Präsidentin, aber es gab schließlich erhebliche Störungen.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit, was Sie hier machen!)

Darf ich noch ein persönliches Schlusswort sagen?

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Nein, ich bitte Sie, Ihre Rede jetzt zu beenden.

Dr. Gerd Müller (CDU/CSU):

Frau Präsidentin, ich wünsche Ihnen und dem ganzen Haus frohe Weihnachten. Ich denke, dass Herr Fischer nicht mehr und nicht weniger verdient hat als eine Rute von Knecht Ruprecht.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Noch einmal für alle: In der Aktuellen Stunde hat jeder fünf Minuten Redezeit, nicht sechs und schon gar nicht sieben. Das gilt für alle.

Das Wort hat die Abgeordnete Anna Lührmann.

(Günter Gloser [SPD]: Anna, jetzt pack die Rute aus für Müller! – Gegenruf des Abg. Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Probieren Sie mal, ob dem Herrn Fischer jemand die Hand gibt, freiwillig! – Gegenruf des Abg. Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Geschmacklos!)

(B)

Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Regierungskonferenz ist gescheitert; umso weniger ist aber schon jetzt die Verfassung gescheitert. Kein anderes Ergebnis hätte die Notwendigkeit einer neuen Verfassung deutlicher machen können. Als hätte es jetzt noch eines Beweises bedurft, dass die Methoden „Regierungskonferenz“ und „Einstimmigkeit“ Europa nicht weiter bringen!

(Beifall des Abg. Peter Altmaier [CDU/CSU] – Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Richtig!)

Das Ergebnis – oder sagen wir besser: die Verhinderung eines Ergebnisses – ist ein herber Rückschlag für Europa; aber es ist keine Katastrophe. Europa hat immer gezeigt, dass es zu Bewegung fähig ist. Doch dazu bedarf es der Überzeugung und des Muts, des Muts, die Innenpolitik einmal zu Hause zu lassen, wenn man nach Brüssel fährt, um über die Zukunft Europas zu verhandeln.

(Beifall des Abg. Peter Altmaier [CDU/CSU] und des Abg. Dr. Gerd Müller [CDU/CSU])

Immerhin können wir positiv festhalten, dass es keinen faulen Kompromiss gegeben hat. Denn ein Nizza-II-Vertrag wäre – das haben wir hier immer deutlich gemacht – keine Lösung, sondern würde mehr Probleme

im europäischen Haus schaffen und diese für Jahre zementieren. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Jetzt können Sie klatschen, Herr Müller!)

Ich kann nur hoffen, dass dieses Scheitern die Einsicht befördert, dass es eine Lösung auf der Grundlage des Entwurfes des Konventes mit den bereits in der Regierungskonferenz erzielten Kompromissen geben muss.

In diesem Zusammenhang sage ich nicht zum ersten Mal – dies richtet sich jetzt an die Adresse der Opposition –: Jetzt noch draufzusatteln und Forderungen nachzuschieben, damit stellen Sie nicht nur die Autorität des Konventes und seines Entwurfes infrage. Nein, Sie erschweren damit auch, dass die weiteren Beratungen zu einem guten Ergebnis führen.

Eine Reaktion Ihres CSU-Vorsitzenden, Herrn Stoiber, war, dass er, wie in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ zu lesen war, geäußert hat, ein Scheitern des Gipfels habe zumindest den Vorteil, im Zusammenhang mit der Verfassung wieder über die Preisstabilität verhandeln zu können.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Der Mann weiß halt, was den Bürgern auf den Nägeln brennt!)

Dazu kann ich nur sagen: Stoiber hat ebenso wenig von Europa begriffen wie Miller und Aznar.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD) (D)

Das Ziel unserer Politik ist und muss sein, die Einsicht in die europäisch gebotene Vernunft zu mehren. Diese Vernunft liegt in Gestalt der europäischen Verfassung auf dem Tisch. Lasst uns also vernünftig sein! Denn für unsere gemeinsame europäische Zukunft müssen wir streiten. Das heißt, wir müssen für den Entwurf des Konventes streiten.

Deswegen lautet meine dringende Bitte an die irische Präsidentschaft: Nutzen Sie die Dynamik des Verfassungsprozesses und suchen Sie bald nach neuen Lösungen, damit die Verfassung so bald wie möglich verabschiedet werden kann! Denn die Europäerinnen und Europäer sollten wissen, was die Grundlage der Europäischen Union ist, wenn sie im Juni zur Europawahl gehen. Wir dürfen jetzt keine Zeit verlieren. Es gilt, neuen Mut zu fassen; es gilt, nach neuen Lösungen zu suchen.

Gedankenspielen über ein eventuelles Kerneuropa erteile ich so lange entschieden eine Absage, solange es noch Hoffnung gibt, sich auf eine Verfassung für alle zu einigen. Denn Erweiterung und Vertiefung können dann gemeinsam gelingen – davon bin ich fest überzeugt –, wenn alle Regierungen den Mut dazu aufbringen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie des Abg. Peter Altmaier [CDU/CSU])

Vielen von Ihnen geht es genauso wie mir – wir befinden uns ja hier in der trauten Runde der Europapoliti-

Anna Lührmann

- (A) ker –: Ich halte heute nicht mein erstes Plädoyer für den Konventsentwurf. Ich füge hinzu: Ich werde nicht müde, diesen Entwurf immer und immer wieder zu verteidigen und darauf hinzuweisen, dass wir diese Verfassung brauchen, damit das Europa der 25 handlungsfähig sowie demokratischer, effizienter und transparenter wird. Offenbar ist sich auch die übergroße europäische Mehrheit bewusst – das lässt mich auf die weiteren Verhandlungen hoffen –, wie Europa funktioniert. Europa bedeutet Geben und Nehmen. Es bedeutet, Kompromisse zu schließen. Europäische Demokratie heißt auch, im Zweifelsfall überstimmt werden zu können. Ich verspreche Ihnen an dieser Stelle: Das war nicht mein letztes Plädoyer für eine europäische Verfassung. Ich werde mir so lange den Mund fusselig reden, bis diese Verfassung verabschiedet ist.

(Michael Kretschmer [CDU/CSU]: Das reicht leider nicht!)

Lassen Sie mich so kurz vor Weihnachten nicht mit irgendwelchen Schlägen drohen, wie es Kollegen der CSU getan haben, sondern versöhnlich enden. Ich bin froh, zu wissen, dass eigentlich alle Kolleginnen und Kollegen das Ziel einer europäischen Verfassung teilen. Deshalb schlage ich vor, dass wir im neuen Jahr gemeinsam für diese Verfassung streiten, und wünsche Ihnen frohe Weihnachten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) **Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**
Vielen Dank. Das wünsche ich auch Ihnen.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Olav Gutting.

Olav Gutting (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die EU hat sich als das erfolgreichste Friedensprojekt in der Geschichte Europas erwiesen.

(Beifall des Abg. Kurt Bodewig [SPD])

Sie hat die Aussöhnung der Völker in Westeuropa gebracht. Sie ist der Grundstein für einen einzigartigen wirtschaftlichen Aufschwung. In der weiteren Einigung Europas, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der EU-Erweiterung, liegt eine große Chance, die europäische Wertegemeinschaft zu festigen und in der Welt von morgen zu behaupten.

In ihrer heutigen Ausdehnung wird die Europäische Union im Jahre 2010 gerade noch 5 Prozent der Weltbevölkerung umfassen. Das zeigt mit aller Deutlichkeit, wie wichtig es für die europäischen Staaten ist, den Schulterchluss zu suchen. Zur europäischen Einigung gibt es keine vertretbare politische Alternative.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP])

Vor diesem Hintergrund ist es bedauerlich, dass der EU-Gipfel am vergangenen Samstag gescheitert ist.

(C) Trotz allem Optimismus ist keineswegs sicher, dass wir am Ende des nächsten Jahres über eine gemeinsame europäische Verfassung verfügen werden. Im Gegenteil: Der europäische Verfassungsprozess ist aus meiner Sicht wieder völlig offen. Die irische Präsidentschaft hat schon zu verstehen gegeben, dass sie einen neuen Versuch erst dann unternehmen will, wenn vorher ein Konsens garantiert ist.

Die Hartnäckigkeit, mit der Polen und Spanien auf dem EU-Verfassungsgipfel des letzten Wochenendes auf ihren Positionen bestanden haben, lässt eine Gefahr wieder aufleben, die wir vor ungefähr zehn Jahren schon einmal hatten: dass sich ein Europa der zwei Geschwindigkeiten entwickelt. Die Drohung mit einem Kerneuropa als Reaktion auf die gescheiterte Regierungskonferenz ist der falsche Weg. Kerneuropa löst nicht die Verfassungsfrage.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP])

(D) Natürlich kann man sich vorstellen, dass die Gründernationen im Rahmen oder notfalls auch außerhalb der bestehenden Verträge auf einzelnen Politikfeldern voranschreiten. Zu nennen wären die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Innen- und Rechtspolitik, aber auch die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Allerdings zeigt die Reaktion der Beitrittsländer, wie zum Beispiel Ungarn und Tschechien, die sofort nach den Drohungen mit Kerneuropa ihr Interesse am Mitmachen bekundet haben, dass die große Zahl der Freiwilligen eine einheitliche Avantgarde mit politischer Substanz unmöglich macht. Ein Kerneuropa mit einer Abkoppelung vom Kern der Verträge würde eine Neugründung bzw. eine separate Organisation auf den Gebieten Binnenmarkt, Agrarpolitik sowie Struktur- und Regionalfonds bedeuten. Das, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wäre das Ende der EU überhaupt. Lassen Sie uns diese Gefahr deshalb nicht heraufbeschwören!

Ich will zum Abschluss auf einen weiteren zentralen Problembereich eingehen. Er wird sich in den anstehenden Verhandlungen zum nächsten EU-Finanzrahmen zeigen. Dort stehen handfeste Interessen auf dem Spiel. Die Nettozahler wollen, ja müssen den Ausgabenzuwachs begrenzen. Die Alt-Nettoempfänger wollen von ihren finanziellen Privilegien nichts abgeben. Die Beitrittsländer, also die Neu-Nettoempfänger, setzen verständlicherweise auf erhebliche Zuwendungen aus Brüssel. Wenn es nicht gelingt, die hier zu erwartenden Verteilungskämpfe zu lösen, droht auch von dieser Front eine dauerhafte Stagnation des weiteren Einigungsprozesses.

Weihnachten steht vor der Tür. Trotz allem will ich hier nicht unterschlagen, dass Rot-Grün mit zahlreichen Alleingängen das Binnenklima innerhalb der Europäischen Union belastet hat.

(Peter Altmaier [CDU/CSU]: So ist es!)

Ich will hier stellvertretend nur drei Konfliktpunkte nennen, bei denen die rot-grüne Bundesregierung es versäumt hat, notwendige Abstimmungen im europäischen Rahmen vorzunehmen: die Irakkrise, der fortgesetzte

Olav Gutting

- (A) Bruch der Stabilitätskriterien und – relativ aktuell – der Export der Hanauer Atomfabrik nach China.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Die Irakkrise hat uns Recht gegeben!)

Die Regierung Schröder ist gut beraten, ihre europäischen Solo- und Paarläufe zukünftig innerhalb Europas besser abzustimmen und zu überdenken, damit bei den Ausfahrten dieser Regierung nicht noch mehr europäisches Porzellan kaputtgeht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Trotz allem Ihnen allen ein friedliches und gesegnetes Weihnachtsfest!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Danke schön. – Ich bedanke mich ab jetzt für alle zusammen.

Das Wort hat der Abgeordnete Detlef Dzembitzki.

Detlef Dzembitzki (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich beim Kollegen Gutting für seinen moderaten Beitrag als Vertreter der Opposition bedanken. Ich denke, Herr Gutting, dass Sie, wenn Sie sich mit dem Thema Irak noch ein wenig beschäftigen, begreifen werden, wie richtig die Bundesregierung und die Mehrheit des Parlamentes gelegen haben. Das zeigt auch die jetzige Entwicklung, die sich dort abzeichnet.

(B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ein wenig merkwürdig, wie hier über die Einhaltung des Maastricht-Vertrags diskutiert wird. Wir halten den Vertrag ein. Gerade der Dialog der Bundesregierung mit Brüssel macht deutlich, wie ernst wir den Maastricht-Vertrag nehmen. Deswegen ist es ein schwaches Argument, wenn hier immer wieder versucht wird, den Eindruck zu erwecken, als hätte das irgendetwas damit zu tun, dass sich der Gipfel in Brüssel anders entwickelt hat, als wir alle gemeinsam es gern gesehen hätten.

Herr Kollege, Sie haben gefragt: Was hat Hanau damit zu tun? Ich vermute, Sie beziehen sich damit auf das Waffenembargo. Ich will das nicht vertiefen. Ich denke, dass das nicht zu dem Problemkreis gehört, über den wir diskutieren.

Am Mittwoch hatte unser Auswärtiger Ausschuss die Möglichkeit, zusammen mit dem französischen Auswärtigen Ausschuss über die Auswirkungen von Brüssel zu diskutieren. Wenn ich mich an diese Diskussion erinnere – einige, die dabei waren, werden mir sicherlich zustimmen –, kann ich der FDP, aber auch den Kolleginnen und Kollegen, die sich von der CDU/CSU geäußert haben, in dieser Frage nur zurufen: Kolleginnen und Kollegen, bitte ein bisschen mehr Contenance! Wir müssen die Situation so wahrnehmen, wie sie tatsächlich ist. Hier wird inzwischen ein Katastrophenszenario beschrieben, das so gar nicht existiert.

Es ist unbestreitbar, dass wir enttäuscht sind, aber wir wissen, dass uns ein exzellenter Verfassungsentwurf vorliegt, den es zu vertreten gilt. Jetzt kommt es darauf an, tatsächlich Vertrauen zu bilden. Das darf aber nicht in der Art und Weise erfolgen, wie es der Kollege Dr. Müller dargestellt hat. Wir dürfen uns nicht auf Infantilität berufen, sondern müssen Gespräche auf gleicher Augenhöhe führen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen gleiche Augenhöhe zwischen den Partnern in Europa.

Ich habe den Vorsitzenden der deutsch-polnischen und der deutsch-französischen Parlamentariergruppe empfohlen, einmal den Versuch zu unternehmen, das Weimarer Dreieck parlamentarisch auszufüllen.

Wir müssen uns doch nur anschauen, wie die Beschlüsse im Sejm vor dem Brüsseler Gipfel lauteten. Die polnische Regierung ist auf einen Kurs festgelegt worden, den sie dort vertreten hat. Das heißt, auch wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind gefordert, Vertrauen auf- und auszubauen. Das sollten wir unabhängig von der irischen Präsidentschaft, die aufgefordert ist, das Entscheidende einzuleiten, in den nächsten Monaten tun. Wir alle sind als Kolleginnen und Kollegen in den Parlamenten gefordert, diese Vertrauensarbeit mit zu leisten.

Ich will meine Redezeit nicht voll ausschöpfen, sondern Ihnen ein bisschen davon für die Weihnachtsvorfreude zurückgeben. Alles Gute!

(D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Vielen herzlichen Dank, besonders für die geschenkte Zeit.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Michael Kretschmer.

Michael Kretschmer (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Diese Debatte findet größtenteils ohne die geistige Anwesenheit unseres Bundesaußenministers statt. Das ist angesichts dieses wichtigen Themas sehr schlimm.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Sehr richtig! – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Wo ist denn Herr Müller?)

Ich will Ihnen sagen, Herr Fischer, wie das Misstrauen in Irland, Polen und Spanien zu erklären ist: Wenn Sie dort genauso auftreten, wie Sie hier den Deutschen Bundestag behandeln, nämlich mit Desinteresse, mit Nichteingehen auf Argumente und mit Arroganz, dann ist das alles kein Wunder.

Michael Kretschmer

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Wenden Sie sich einmal an Ihre Fraktionsführung!)

Wer EU-Diplomatie mit dem Hammer im Kopf betreibt und bei jedem Problem an den Nagel denkt, auf den es zu schlagen gilt, der wird in der Tat nicht erfolgreich sein. Sie haben vernachlässigt, was früher einmal eine deutsche Stärke war: auf die kleinen Mitgliedstaaten einzugehen, ihre Interessen zu fokussieren, herauszufiltern und mit zu vertreten.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Mit Scheckbuch bezahlt!)

So gehen Sie mit einer großen Gelassenheit auf das Scheitern dieser Verhandlungen ein, als wäre das ein Nebenthema und nicht wichtig. Dabei geht es doch um die Zukunft der Europäischen Union, um die Frage, ob wir tatsächlich ein Europa der zwei Geschwindigkeiten bekommen oder ob die Integration gelingen kann. Ich halte es in der Tat für sehr fragwürdig, wie Sie in dieser Frage agieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP])

Ohne Frage ist das Verhalten unserer polnischen Partner in vielen Punkten kritikwürdig, doch es macht deutlich, dass es in vielen Beitrittsstaaten eine andere Prioritätensetzung bei den Fragen gibt: Was ist Europa? Wozu brauchen wir Europa? Der Grund dafür liegt darin, dass diese Länder einen anderen Erfahrungshorizont und andere wirtschaftliche Probleme haben als wir. All diese Dinge kann man im Gespräch klären, darauf kann man eingehen und man kann diese miteinander diskutieren. Das haben Sie nicht getan; das werfen wir Ihnen an dieser Stelle vor. Deswegen ist dieses Scheitern auch Ihr Scheitern.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP])

Die Regierung bewegt sich in Europa nach dem Prinzip Trial and Error: Nachdem sie in Nizza mit Frankreich keinen Konsens über das Vertragswerk erreicht hat, sorgt sie nun mit einer Reihe von Alleingängen, einem selbstverliebten Darstellen ihrer Dominanz und Stärke vor allen Dingen bei den kleinen Mitgliedstaaten und den Beitrittsstaaten für Misstrauen. Es wäre ihre Aufgabe gewesen, die Sorgen und Bedenken sowie die Interessen dieser Mitgliedstaaten aufzugreifen, zu kanalisieren,

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Welche Welt beschreiben Sie eigentlich?)

an die Oberfläche zu bringen, in die europäische Diskussion einzubringen und sich dafür zu verwenden.

Was wir aber von Deutschland aus an gemeinsamen Initiativen gerade in Bezug auf die neuen Beitrittsstaaten tun, ist lächerlich. Ich habe schon an einer anderen Stelle, nämlich im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, gesagt: Was der Forschungsausschuss, in dem ich Mitglied bin, mit den Beitrittssta-

ten tut, ist zu vernachlässigen. Das sind aber die Punkte, auf die es ankommt. Wir brauchen kein Weimarer Dreieck, sondern wir brauchen gemeinsame deutsch-polnische Initiativen. (C)

(Günter Gloser [SPD]: Oh!)

Wir müssen die Probleme in diesen Ländern ernst nehmen. Das wird in den Gesprächen mit dem polnischen Botschafter oder in Polen mit den Abgeordneten des Sejms von uns erwartet. Aber genau das ist nicht passiert.

So schrammen wir auf das nächste Desaster zu. Es gibt – so konnten wir lesen – eine Parallelität zwischen dem Scheitern der Vertragsverhandlungen und der mittelfristigen Finanzplanung. Im besten Fall kommt das den Beitrittsstaaten vor wie ein kleines Kind, das mürrisch und aufmüpfig mit den Füßen trampelt. Im schlimmsten Fall wird von Erpressung gesprochen. Das hätten Sie ebenfalls verhindern müssen. Sie hatten in den vergangenen Jahren die Chance, eine Strukturreform der europäischen Finanzen zu betreiben, die aus unserer Sicht sehr wichtig ist.

Nun kommen Sie zu einem sehr ungünstigen Zeitpunkt mit dieser Diskussion und wecken mit Ihrem Alleingang bei den Beitrittsländern natürlich große Ängste. Für die Beitrittsstaaten ist die Strukturpolitik, ist die Frage des Geldes, das sie für den wirtschaftlichen Aufbau brauchen, eine existenzielle Frage. Wenn man jetzt sagt: „Wir wollen euch natürlich helfen und euch das Geld geben“, aber man hat keine Lösung für dieses Problem, hat keinen Weg, kann man für diese Aussagen nur Misstrauen ernten. (D)

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie gemeinsam mit Kommissar Barnier eine faire Lösung finden, die einen Interessenausgleich zwischen den Nettozahlern, aber auch den berechtigten Interessen der Beitrittsstaaten und den strukturschwachen Regionen im alten Europa ermöglicht. Das müssen Sie jetzt endlich angehen.

Ich kann Ihnen kurz vor Weihnachten nur zurufen: Wacht auf, Erschöpfte dieser Erde! Kommen Sie in die Gänge!

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sie haben verloren, nicht wir!)

Bringen Sie wieder eigene Initiativen ein! Das ist das, was fehlt. Wo sind die deutschen Initiativen im Bereich Europa? Wir reagieren nur noch, wir agieren nicht mehr. Ich möchte Ihnen das als frommen Weihnachtswunsch mitgeben und wünsche Ihnen die beste Erleuchtung in diesen seligen Tagen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Günter Gloser.

(Rainer Brüderle [FDP]: Noch einer? Das ist jetzt der Höhepunkt!)

(A) **Günter Gloser** (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Fraktionsvorsitzende der FDP muss dieser Tage im Archiv geblättert und sich gefragt haben: Was habe ich in den letzten Wochen und Monaten gesagt? Dabei muss er auf folgendes Zitat gestoßen sein:

Ich glaube, dass die Wahrnehmbarkeit der FDP ein Problem geworden ist. Das müssen wir ändern.

Das mag zwar richtig sein, Herr Dr. Gerhardt, aber die Frage ist, wie Sie das tun. Das, was Sie hier heute beantragt haben, wird dem Thema nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der FDP)

Liebe Freundinnen und Freunde von der Opposition, ich frage mich eines: Warum gibt es im Europaausschuss immer große Übereinstimmung, aber hier – das ist gelegentlich schon gesagt worden – führt man sich auf und bläst sich auf, als ob alle Themen streitig wären? Vor dem Hintergrund dessen, was Sie heute gesagt haben, frage ich Sie: In welcher Scheinwelt bzw. in welchem Scheineuropa leben Sie eigentlich? Das möchte ich ganz klipp und klar sagen.

Frau Leutheusser-Schnarrenberger, Sie sprechen von einem Ost-West-Konflikt. Schon in der Debatte der letzten Woche haben Sie gesagt, dass die SPD-Bundestagsfraktion von der EU-Erweiterung eigentlich nie richtig überzeugt gewesen sei. All das ist doch Nonsens. Wer ist es denn gewesen, der beispielsweise Polen einen Beitritt für das Jahr 2000 versprochen hat? Das war der frühere Bundeskanzler Kohl. Aber es war Bundeskanzler Gerhard Schröder, der es in einem nie dagewesenen Dialog mit den Polen geschafft hat, dass auch Polen aufgenommen wird und alle Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese selektive Wahrnehmung fällt auch bei der von Ihnen schon fast gebetsmühlenartig wiederkehrenden Aussage von den großen und kleinen Mitgliedstaaten auf. Vielleicht liegt das an den Geographiekennntnissen, die Ihnen fehlen. Jean-Claude Juncker hat vor kurzem in Frankfurt gesagt, dass es in der Europäischen Union überhaupt keine großen und kleinen Staaten, sondern – wenn überhaupt – zwei große gibt: Großbritannien und das Großherzogtum Luxemburg – sonst nichts. Das müssen Sie sich einmal deutlich machen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Nun wende ich mich dem Brief und der Frage der Finanzierung zu, die auch Sie heute schon angesprochen haben. Lassen Sie doch einfach einmal Revue passieren – Kollege Steenblock hat das, glaube ich, schon ausgeführt –, dass in ihm geschrieben steht:

Wir fühlen uns dem Prinzip der europäischen Solidarität und der Erhaltung der Kohäsionspolitik in der erweiterten Union zutiefst verpflichtet.

Wo wird hier eine Drohung ausgesprochen? Was ist an dieser Aussage eigentlich falsch? Hierbei handelt es sich nur um ein reguläres Verständnis. In dieser Frage möchte ich Sie einmal erleben. Hier verhält es sich ähnlich wie im Zusammenhang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt. Sie verhalten sich bei allen europapolitischen Themen janusköpfig:

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in Bezug auf das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich, in Bezug auf die Finanzen und den Stabilitäts- und Wachstumspakt. In der heutigen aktuellen Diskussion, die wir ja erfreulicherweise abgeschlossen haben, haben Sie sich genauso verhalten.

Sie müssen schon wissen, wohin Sie wollen. Es geht nicht, dass der eine Redner sagt, kein Kind würde dem Außenminister die Hand reichen, dass aber der nächste Redner sagt, er würde sich wie ein trampelndes Kind aufführen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Sie müssen sich endlich einmal verständigen, worauf Sie hinauswollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Peter Hintze [CDU/CSU]: Wobei das noch stimmen könnte! – Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Jetzt geht es aber durcheinander! – Zuruf des Abg. Michael Kretschmer [CDU/CSU])

– Ja, Herr Kretschmer, das haben Sie doch gesagt. Aber in den letzten Tagen haben Sie ja auch im Ausschuss schon etwas Verqueres gesagt.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Ich verstehe Sie übrigens auch nicht richtig!)

Insofern möchte ich darauf nicht weiter eingehen. – Ich kann nur sagen, dass wir weiterhin zu dem Konventsergebnis stehen und alles tun werden, um auch die irische Ratspräsidentschaft zu unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Kollege Steenblock und ich sind es gewesen, die in der Ob- leutesitzung vorgeschlagen haben, vor dem Gipfel, im Januar nächsten Jahres, im Ausschuss für europäische Angelegenheiten als Weimarer Dreieck noch einmal zusammenzukommen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

um gemeinsam mit den Polen und den Franzosen einen Dialog zu führen. Ich weiß, dass in der Weihnachtszeit Märchen erzählt werden; das ist auch gut so. Aber Sie sollten sich vor falschen Legenden hüten und einige sollten ein bisschen zur Realität zurückkommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für das, was ich sagen möchte, könnte ich fast die Worte des Propheten Johannes anführen. Zwar hätte ich

Günter Gloser

- (A) Ihnen noch viel zu sagen, hoffe aber, Sie bald wiederzusehen.

(Zuruf von der FDP: Die Offenbarung?)

Dann wollen wir, wie es unser Fraktionsgeschäftsführer schon heute Morgen gesagt hat, miteinander reden und eine vereinbarte Debatte führen. Ich möchte friedlich enden:

(Peter Hintze [CDU/CSU]: Beim Propheten!)

Friede sei mit euch! Es grüßen Sie die europapolitischen Freunde der Koalition.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Peter Hintze [CDU/CSU]:
Einen Propheten Johannes gibt es nicht!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Die Aktuelle Stunde ist beendet.

(C)

Damit sind wir am Schluss der heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 14. Januar 2004, 13 Uhr, ein.

Ich wünsche Ihnen, Ihren Familien und den Besuchern auf den Tribünen ein ruhiges und gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start in ein für uns alle hoffentlich friedliches Jahr 2004.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 15.20 Uhr)